

M. V. 1917

M

## „Ohne Annexionen und ohne Kriegssentschädigung“.

Seit die Wiener Regierung den derzeitigen Petersburger Machthabern, welche die Formel vom „Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegssentschädigung“ sich zu eigen gemacht hatten, in amtlichen und halbamtlichen Veröffentlichungen zu verstehen zu geben sich bemühte, daß man in Wien kein Hindernis sehe, auf einer solchen Grundlage mit Rußland zu verhandeln, wird die Öffentlichkeit mit Meinungen und Gegenmeinungen, Meldungen, Kombinationen, Polemiken über die Friedensfrage überschüttet.

Den eigentlichen Anstoß zu diesen vielfach recht unerquicklichen, weil unfruchtbaren Auseinandersetzungen, um nicht zu sagen Kannegießereien, in der Presse gaben die Sozialdemokraten, die in der Erklärung des Grafen Czernin eine Rechtfertigung ihrer Berliner Entschliebung erblickten, daß alle kriegsführenden Mächte auf jede Gebiets-erweiterung und Kriegssentschädigung verzichten sollten, obwohl die Wiener amtliche Erklärung sich der ganzen Sachlage nach nur auf Rußland beziehen konnte; den Italienern, Serben und Rumänen einen Freibrief auszustellen und den Völkern Oesterreich-Ungarns, so wie es die Sozialdemokraten verlangen, zu verkünden, daß sie die ungeheuren Kosten des ihnen durch die Ueberfälle türkischer Nachbarn aufgezwungenen Krieges alle selber bezahlen müßten, lag weder eine Veranlassung, noch auch, wie wir zu wissen glauben, die geringste Neigung vor. Für solche Aussichten würden sich die Völker der Monarchie, die ja nicht besiegt wurde und daher sich auch nicht eine zermalmende, jeden Aufwand für die sonstigen großen Friedensaufgaben unmöglich machende Schuldenlast aufhalsen zu lassen braucht, denn auch schönstens bedanken.

Es ist notwendig, in dieser Sache einmal deutlich zu werden, weil ein Teil der Presse die Wiener Erklärungen für den Streit der reichsdeutschen Parteien um die Kriegsziele auszuschroten unternommen hat. Die sozialdemokratischen Organe in Berlin und München versteigen sich so weit, der Berliner Politik — wir sind ähnlichen Gedankengängen schon in der Verbandspresse begegnet! — mit einem „Verbrechen der diplomatischen Einheitsfront“ und mit einem „Widerstand des österreich-ungarischen Verbündeten“ zu drohen. Die Presse der Hochfinanz bemuttert, wie stets, liebevoll derartige Geschmaçlosigkeiten; leider auch lassen sich rechtsstehende reichsdeutsche Blätter, die wieder einmal den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen, dazu verleiten, durch allzu temperamentvolle Auseinandersetzungen mit einem wesenlosen Gespenst die Geschäfte der Verwirrer zu fördern. Nach den Tatsachen dreijähriger Kameradschaft in Not und Tod, Freude und Sieg, nach den zahllosen Rundgebungen von der Art des jüngsten Depeschwechsels zwischen den beiden Reichskanzlern sollte, wenn es das Verantwortungsgefühl nicht vermag, schon der Geschmaç davor behüten, mit Gedanken und Vorstellungen, wie den angedeuteten, auch nur zu spielen. Es ist zwar nützlich, aber nicht notwendig, daß der Sinn jeder einzelnen diplomatischen Aktion sofort dem großen Publikum und jedem einzelnen seiner Sprachrohre einleuchte. In jedem Falle empfiehlt und geziemt es sich dem Liebste, das Spiel des Meisters nicht durch unzeitige Zwischenbemerkungen zu stören oder gar zu verderben. Bei einiger Einsicht ist es doch unschwer zu begreifen, warum die Petersburger Machthaber so prompt beim Wort ihrer Friedensformel genommen wurden — die klärende, die Geister der russischen Revolution scheidende Wirkung des Wiener Anrufs ist übrigens bereits für Blinde bemerkbar —

und warum dies zweckmäßiger gerade von Wien aus geschehen konnte. Im übrigen gilt auch für die Diplomatie die Spielregel, daß der Neugier nicht wahren, sondern erst nach dem Spiel Erläuterungen gegeben werden können.

Wie für alle Parteien, besteht auch für die Sozialdemokratien der Mittelmächte die Pflicht, nach ihrem Vermögen dem Vaterlande zu helfen. Wenn die Sozialdemokratien des feindlichen Verbandes alle Kräfte der Hölle in Bewegung setzen, um die in Petersburg zur Macht gelangten Sozialisten im Sinne des Verbandes und der Kriegsführung zu beeinflussen, so ist es gewiß nicht zuviel verlangt, wenn wir von unseren sozialdemokratischen Führern fordern, daß sie die Machenschaften und Hezereien ihrer Parteigenossen aus dem Westen durchkreuzen und für die Mittelmächte zu wirken trachten sollen. An ihrer Bereitwilligkeit hierzu soll nicht gezweifelt werden, aber dann ist es ein Mißgriff, sondern gleiches, eine Formel zu schmieden, die nicht uns, sondern den Feinden zu nützen geeignet ist. Selbstverständliche Pflicht der Regierung ist es, den unter gegebenen Verhältnissen vorzuziehenden Frieden, der sich nur erreichen läßt, heimzubringen; jedes Versäumnis in dieser Hinsicht wäre ein geschichtliches Verbrechen. Pflicht der Parteien ist es, der Regierung hierbei einen starken Rückhalt zu bieten. Ist die sozialdemokratische Formel, welche die nach Petersburg gerichteten Erklärungen des Grafen Czernin unheimlich verallgemeinert und so der eigenen Regierung die Hände bindet, das rechte Mittel hierzu? Seit wann beginnt man Verhandlungen mit Mindestforderungen, oder gar mit Bedingungen, welche, wie die Berliner sozialdemokratische Entschliebung, identisch ist mit dem, was angesichts der Kriegslage allenfalls als Höchstforderung unserer Feinde zulässig erschiene? Die Sozialdemokratie der Mittelmächte will doch nicht zu einem bloßen Exekutivorgan des Willens und der Wünsche der Verbandssozialdemokratie herabsinken, die ihrerseits äußerst rührige und tatkräftige Werkzeuge der Regierungen ihrer Länder sind? Man braucht nur die Kriegskarte anzusehen, um zu wissen, wem mit der Berliner Entschliebung gedient ist. Diese Entschliebung unserer Sozialdemokraten, die sie auch in Stockholm vertreten wollen, verlangt, daß wir nicht nur alle von uns besetzten Gebiete reslos räumen, sondern auch daß wir keine Kriegssentschädigung annehmen, denn es dürfe, wie der Führer der Partei bei der Maisfeier erläuterte, „keinen Sieger und keinen Besiegten“ geben. Eine Formel, die für — Rumänien, Serbien, Montenegro, Italien, Frankreich, Belgien überaus vorteilhaft ist. Ob die sozialdemokratischen Führer, wenn sie von Wegelagerern überfallen und ausgeplündert würden, auch so großmütig auf jede Schadensgutmachung verzichten würden? Sie würden vermutlich, wenn ihnen das Gericht den Anspruch auf Schadenersatz verneinte, ganz fürchterlich über Rechtsverweigerung schreien.

Die Mittelmächte streben ein gerechtes Urteil, einen gerechten Frieden an, dafür haben ihre Völker gebliet. Ein ungerechter Friede wäre kein Dauerfriede; denn wenn planmäßige Brandstifterei und meineidiger Ueberfall nicht zur Sühne und Schadensgutmachung verhalten werden dürfen, sofern man dazu die Macht hat, dann wird es den Passic, Salandra und Bratianu an Nachahmern nicht fehlen. Wenn es einerlei ist, ob wir in einem uns aufgenötigten Kriege siegen oder unterliegen, und wenn wir in jedem Falle die vielen Milliarden, um die uns ein türkischer Nachbar geschädigt, selber tragen müßten, dann würde es sich künftig jedermann überlegen, für die Selbstbehauptung auch nur einen Finger zu rühren. Das

Berlin-Wiener sozialdemokratische Friedensrezept hat seiner ersten Prüfung stand, es ist unmoralisch, und recht gegen das eigene Land, geeignet, die Verteidigung zu entwaffnen und die Uebelthäter zu ermutigen. Was wir anstreben müssen und anstreben wollen — zu beurteilen, was wir erreichen können, ist Sache der führenden Staatsmänner —, ist ein Friede auf der Grundlage der Gerechtigkeit, nicht des Verzichtes auf alle Gerechtigkeit.